

## Begutachtungsentwurf

betreffend das  
**Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998  
und die Oö. Gemeindeordnung 1990 geändert werden  
(Oö. Gemeinde-Bezüge-Novelle 2018)**

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Anlass und Inhalt des Gesetzentwurfs

In einem ersten Schritt werden ab dem 1. Jänner 2019 die Bezüge der nebenberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) um 500 Euro brutto und jene der hauptberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) um 250 Euro brutto erhöht.

Darüber hinaus soll in einem zweiten Schritt eine Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge vorgenommen werden. Nach geltender Rechtslage haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden zu erklären, ob sie ihr Amt haupt- oder nebenberuflich ausüben möchten. Danach richtet sich auch die Höhe des Bezugs. Ab der nächsten Wahlperiode (beginnend im Jahr 2021) wird diese Differenzierung zwischen haupt- und nebenberuflicher Funktionsausübung für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) aufgehoben und generell nur noch ein Bezug vorgesehen, nämlich jener, der bis dahin einem hauptberuflich tätigen Organ zukommt ("Harmonisierung").

Diese beiden Maßnahmen wirken sich auch leicht erhöhend auf die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der weiteren Mandatarinnen und Mandatare nach der Oö. Gemeindeordnung

1990 aus, die derzeit an den Bezug einer nebenberuflich tätigen Bürgermeisterin bzw. eines nebenberuflich tätigen Bürgermeisters und künftig an den neuen "Einheitsbezug" anknüpfen.

Darüber hinaus erfolgen formale Anpassungen im Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998.

Als wesentliche Punkte dieses Gesetzentwurfs sind anzuführen:

- Erhöhung der Bezüge der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut),
- Aufhebung der Differenzierung zwischen haupt- und nebenberuflicher Funktionsausübung für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) und
- Anpassung der Prozentsätze für die Aufwandsentschädigungen und die Sitzungsgelder der übrigen Gemeindemandatarinnen und -mandatare.

## **II. Kompetenzgrundlagen**

Die Kompetenz des Landesgesetzgebers ergibt sich aus Art. 15 Abs. 1 B-VG.

## **III. Finanzielle Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften**

Durch die Anhebung der Bezüge um 500 Euro brutto für die nebenberuflich tätigen und um 250 Euro brutto für die hauptberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ab dem 1. Jänner 2019 werden den oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) Mehrkosten in Höhe von rund 4,4 Millionen Euro entstehen. Darin enthalten sind auch die Mehrkosten für die geringfügigen Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der übrigen Gemeindemandatarinnen und -mandatare, die sich nach dem nebenberuflichen Bürgermeisterbezug bemessen.

Durch die Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge, die mit der Angelobung der neuen Mandatarinnen und Mandatare anlässlich der allgemeinen Wahlen auf Grund des Ablaufs der Wahlperiode im Jahr 2021 wirksam werden soll, werden den Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) Mehrkosten in Höhe von rund 2,7 Millionen Euro entstehen. Darin enthalten sind auch die Mehrkosten für die geringfügigen Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der übrigen Gemeindemandatarinnen und -mandatare, die künftig an den (höheren) "Einheitsbezug" anknüpfen. Diese qualifizierten Schätzungen basieren auf den Bezügen des Jahres 2018, die allfälligen jährlichen Bezugserhöhungen der Jahre 2019 bis 2021 sind nicht berücksichtigt. Eine genaue Kostenberechnung zur Harmonisierung ist nicht möglich, weil nicht bekannt ist, wann die Mandatarinnen und Mandatare jeweils angelobt werden und in welcher Höhe die Gemeinden künftig Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder vorsehen bzw. wie oft Sitzungen abgehalten werden.

Dem Land und den Statutarstädten (oder dem Bund) werden gegenüber der derzeitigen Rechtslage keine Mehrkosten erwachsen. Es werden keine zusätzlichen Leistungsprozesse der Verwaltung geschaffen. Im Ausmaß der Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge entfallen künftig die Erklärungen, ob eine Funktion haupt- oder nebenberuflich ausgeübt wird, gemäß § 2 Abs. 3 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 und die damit verbundenen Abwicklungen.

#### **IV. Finanzielle Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger und auf Unternehmen**

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen bringen keinerlei finanzielle Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen und für Wirtschaftstreibende im Besonderen mit sich.

#### **V. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union**

Diesem Landesgesetz stehen - soweit ersichtlich - keine zwingenden unionsrechtlichen Vorschriften entgegen.

#### **VI. Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer**

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen haben - soweit ersichtlich - weder direkt noch indirekt unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer.

Die Texte der vorliegenden Gesetzesnovelle wurden geschlechtergerecht formuliert. Eine Anpassung des gesamten Gesetzestextes wäre - im Vergleich mit den inhaltlichen Änderungen der vorliegenden Novelle - mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden und ist daher hier unterblieben, soll aber bei der nächsten dafür geeigneten Gelegenheit vorgenommen werden.

Aus der nicht durchgängig geschlechtergerechten Textierung der nunmehr novellierten Gesetze darf keinesfalls die Zulässigkeit tatsächlicher Differenzierungen bei denjenigen Bestimmungen abgeleitet werden, die noch nicht geschlechtergerecht formuliert sind.

#### **VII. Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit**

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen weisen keinerlei umweltpolitische Relevanz auf.

## **VIII. Besonderheiten des Gesetzgebungsverfahrens**

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält keine Verfassungsbestimmungen. Eine Mitwirkung von Bundesorganen im Sinn des Art. 97 Abs. 2 B-VG ist nicht vorgesehen. Der Gesetzentwurf hat keine Landes- oder Gemeindeabgabe im Sinn des § 9 Abs. 1 F-VG 1948 zum Gegenstand. Es besteht auch aus sonstigen Gründen keine Verpflichtung, diesen Gesetzesbeschluss vor seiner Kundmachung dem Bundeskanzleramt bekannt zu geben.

### **B. Besonderer Teil**

#### **Zu Art. I Z 1 (Abkürzung):**

Um das Zitieren des Gesetzes zu vereinfachen, erhält das Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 die Abkürzung "Oö. Gem-BezG 1998".

#### **Zu Art. I Z 2 und Art. II Z 1 und 5 (§ 2 Abs. 1 Z 10 bis 17 Oö. Gem-BezG 1998 sowie § 34 Abs. 2 und 4 Oö. GemO 1990):**

Ab dem 1. Jänner 2019 werden die Bezüge der nebenberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister um 500 Euro brutto und die der hauptberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister um 250 Euro brutto erhöht. Diese Erhöhung wird im Gesetz durch höhere Prozentsätze des Ausgangsbetrags nach dem Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2017, dargestellt.

Da die Aufwandsentschädigungen der Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister sowie der Fraktionsobfrauen und der Fraktionsobmänner als Prozentsätze des neu festgesetzten nebenberuflichen Bürgermeisterbezugs geregelt sind, werden auch diese Prozentsätze bereits mit 1. Jänner 2019 an die neue Bezugsregelung angepasst. Im Ergebnis werden die Aufwandsentschädigungen ebenfalls geringfügig erhöht. Der Prozentsatzrahmen für die Sitzungsgeld- und Aufwandsentschädigungsverordnungen der Gemeinderäte gemäß § 34 Abs. 3 und 5 Oö. Gemeindeordnung 1990 bleibt vorerst unverändert; die konkret festgelegten Aufwandsentschädigungen bzw. das konkret festgelegte Sitzungsgeld kann gegebenenfalls durch eine Änderung der Verordnung angepasst werden.

#### **Zu Art. I Z 3, 5, 6, 7, 10 und 11 und Art. II Z 2, 3, 4, 6, 7 und 8 (§ 2 Abs. 1 Z 10 bis 17, § 2 Abs. 3, 4, 4b und 6, § 3 Abs. 5, § 7 Abs. 1 und 2 Oö. Gem-BezG 1998 sowie § 34 Abs. 2, 3, 4, 5 und 6a Oö. GemO 1990):**

Nach geltender Rechtslage haben unter anderem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden zu erklären, ob sie ihr Amt haupt- oder nebenberuflich ausüben

möchten. An diese Entscheidung knüpfen sich verschiedene Rechtsfolgen: Zum einen richtet sich danach die Höhe des Bezugs. Zum anderen ist es Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bei einer hauptberuflichen Funktionsausübung untersagt, neben der Amtstätigkeit einen Beruf mit Erwerbsabsicht auszuüben. Zudem wird für die hauptberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von der Gemeinde ein Pensionskassenbeitrag entrichtet, während die nebenberuflich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nur die Möglichkeit haben, freiwillig in eine Pensionskasse einzuzahlen.

Ab der nächsten Wahlperiode (beginnend im Jahr 2021) soll die Differenzierung zwischen haupt- und nebenberuflicher Funktionsausübung für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der oberösterreichischen Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) aufgehoben und generell nur noch ein Bezug vorgesehen werden, nämlich jener, der bis dahin einem hauptberuflich tätigen Organ zukommt ("Harmonisierung"). Eine bisher hauptberuflich tätige Bürgermeisterin bzw. ein bisher hauptberuflich tätiger Bürgermeister ist daher künftig nicht mehr in ihren bzw. seinen Zuverdienstmöglichkeiten beschränkt. Dadurch haben aber auch alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nur noch die Möglichkeit, freiwillig einer Pensionskasse beizutreten.

Neben der Regelung des einheitlichen Bürgermeisterbezugs (vgl. § 2 Abs. 1 Z 10 bis 17 Oö. Gem-BezG 1998) sind im Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 die erforderlichen legislativen Anpassungen an den teilweisen Entfall der Differenzierung zwischen haupt- und nebenberuflicher Funktionsausübung vorzunehmen. Dies betrifft die Erklärungspflicht gemäß § 2 Abs. 3 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998, die auf jene Organe zu beschränkt ist, für die weiterhin sowohl eine haupt- als auch eine nebenberufliche Funktionsausübung in Betracht kommt, sowie die an diese Differenzierung anknüpfenden Regelungen zur Bestimmung des Bezugs (vgl. § 2 Abs. 4 und 4b Oö. Gem-BezG 1998), die Regelung des Ersatzes eines allfälligen Verdienstentgangs (vgl. § 2 Abs. 6 Oö. Gem-BezG 1998) sowie des Pensionskassenbeitrags (vgl. § 7 Abs. 1 und 2 Oö. Gem-BezG 1998). Die Möglichkeit einer Bezugsfortzahlung gemäß § 3 Abs. 5 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 für den Fall, dass bei Beendigung der Funktionsausübung kein Anspruch auf die Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit besteht, soll künftig allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der oberösterreichischen Gemeinden zukommen. Ausgenommen bleiben - wie nach der geltenden Rechtslage - jene Organe der Städte mit eigenem Statut, die ihre Funktion nebenberuflich ausüben.

Da die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der übrigen Gemeindemandatarinnen und -mandatare künftig an den neuen "Einheitsbezug" anknüpfen, der dem Bezug eines bis dahin hauptberuflich tätigen Organs entspricht, sind im Zuge der Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge (neuerlich) Anpassungen der Prozentsätze im § 34 Abs. 2, 3, 4 und 5 Oö. Gemeindeordnung 1990 erforderlich. Im Ergebnis tritt auch eine leichte Erhöhung in diesem Bereich ein, die wiederum in Prozentsätzen des Bürgermeisterbezugs dargestellt wird. Angesichts des Wegfalls der Unterscheidung zwischen haupt- und nebenberuflicher Funktionsausübung hat auch § 34 Abs. 6a Oö. Gemeindeordnung 1990 zu entfallen.

**Zu Art. I Z 4, 8, 9 und 12 (§ 2 Abs. 1a, § 3 Abs. 5a und 8 und § 17 Abs. 1 Oö. Gem-BezG 1998):**

Mit diesen Novellierungsanordnungen erfolgen formale Anpassungen im Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998.

§ 17 Abs. 1 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 stellt generell für dieses Landesgesetz klar, dass Verweise auf die in dieser Bestimmung genannten Bundes(verfassungs)gesetze als statische Verweise auf die jeweils zitierte Fassung des Bundesgesetzes zu verstehen sind. Die angeführten Fassungen werden im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgten Novellierungen der Bundes(verfassungs)gesetze aktualisiert und das Einkommensteuergesetz 1988 in die Aufzählung aufgenommen. Das Zitat der anzuwendenden Fassung des Einkommensteuergesetzes 1998 im § 3 Abs. 5a Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 kann daher entfallen. Dasselbe gilt für das Zitat der Stammfassung des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre im § 2 Abs. 1a Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998.

Im § 3 Abs. 8 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 wird der Verweis auf die Geldleistungen nach § 3 Abs. 6 Z 1 bis 3 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 richtiggestellt.

**Zu Art. III (Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen):**

Art. III enthält die erforderlichen Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen.

Soweit lediglich formale Anpassungen erfolgen, ist ein Inkrafttreten mit Ablauf des Tages der Kundmachung dieses Landesgesetzes im Landesgesetzblatt für Oberösterreich vorgesehen.

Die Erhöhungen der Bürgermeisterbezüge um 500 Euro brutto bzw. 250 Euro brutto sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Anpassungen der Prozentsätze betreffend die Aufwandsentschädigungen für Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister sowie Fraktionsobfrauen und Fraktionsobmänner gemäß § 34 Abs. 2 und 4 Oö. Gemeindeordnung 1990 treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

Die für die Umsetzung der Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge erforderlichen Regelungen im Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 und in der Oö. Gemeindeordnung 1990 treten mit 1. Oktober 2021 in Kraft. Sie werden jedoch für die jeweiligen Mandatarinnen und Mandatare nicht sogleich, sondern erst ab dem Tag ihrer Angelobung anlässlich der allgemeinen Wahlen auf Grund des Ablaufs der Wahlperiode im Jahr 2021 wirksam. Das bedeutet, dass auf Mandatarinnen und Mandatare, die bereits in der im Jahr 2021 ablaufenden Wahlperiode eine Funktion ausüben, im Übergangszeitraum zwischen den allgemeinen Wahlen der Gemeinderäte und der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Jahr 2021 einerseits und der Angelobung auf Grund dieser Wahlen andererseits noch die bis zum 1. Oktober 2021 geltenden Regelungen anwendbar bleiben.

Da sich auf Grund der Harmonisierung der Bürgermeisterbezüge auch der durch Prozentsätze abgegrenzte Rahmen für die Sitzungsgeld- und Aufwandsentschädigungsverordnungen der Gemeinderäte und der Ausgangsbetrag für die konkrete Berechnung ändern, werden sich die anlässlich der allgemeinen Wahlen im Jahr 2021 gewählten Gemeinderäte neuerlich mit der Festlegung der Aufwandsentschädigungen gemäß § 34 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung 1990 und der Sitzungsgelder gemäß § 34 Abs. 5 Oö. Gemeindeordnung 1990 auseinandersetzen haben, damit sie dabei die neu geregelten Bürgermeisterbezüge und den geänderten Prozentsatzrahmen berücksichtigen können. Neue Verordnungen gemäß § 34 Abs. 3 und 5 Oö. Gemeindeordnung 1990 dürfen rückwirkend ab 1. Oktober 2021 in Kraft gesetzt werden, jedoch auf die jeweiligen Mandatarinnen und Mandatare wiederum erst ab deren Angelobung anlässlich der allgemeinen Wahlen auf Grund des Ablaufs der Wahlperiode im Jahr 2021 anwendbar sein. Eine entsprechende Übergangsregelung ist gegebenenfalls in die Verordnungen der Gemeinderäte aufzunehmen.

**Landesgesetz,  
mit dem das Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998  
und die Oö. Gemeindeordnung 1990 geändert werden  
(Oö. Gemeinde-Bezüge-Novelle 2018)**

Der Oö. Landtag hat beschlossen:

**Artikel I**

**Änderung des Oö. Gemeinde-Bezügegesetzes 1998**

Das Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998, LGBl. Nr. 9/1998, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 94/2017, wird wie folgt geändert:

*1. Im Klammerausdruck nach dem Titel des Gesetzes werden nach dem Begriff „Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998“ ein Bindestrich und die Abkürzung „Oö. Gem-BezG 1998“ eingefügt.*

*2. § 2 Abs. 1 Z 10 bis 17 lauten:*

- „10. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 102,86 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 80,71 %
- 11. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 15.001 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 93,85 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 71,71 %
- 12. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 10.001 bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 84,85 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 62,71 %
- 13. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 4.501 bis 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 75,86 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 54,96 %
- 14. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 3.001 bis 4.500 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 56,86 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 44,57 %
- 15. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 2.001 bis 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 47,78 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 40,57 %



- 16. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 1.001 bis 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 42,78 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 35,57 %
- 17. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit bis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - a) wenn die Funktion hauptberuflich ausgeübt wird ..... 37,78 %
  - b) wenn die Funktion nebenberuflich ausgeübt wird ..... 30,57 %“

3. § 2 Abs. 1 Z 10 bis 17 lauten:

- „10. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 102,86 %
- 11. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 15.001 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 93,85 %
- 12. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 10.001 bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 84,85 %
- 13. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 4.501 bis 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 75,86 %
- 14. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 3.001 bis 4.500 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 56,86 %
- 15. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 2.001 bis 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 47,78 %
- 16. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit 1.001 bis 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 42,78 %
- 17. eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister einer Gemeinde mit bis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ..... 37,78 %“

4. Im § 2 Abs. 1a entfällt das Zitat „, BGBl. I Nr. 64/1997,“.

5. Im § 2 Abs. 3 wird das Zitat „Abs. 1 Z 5 und 6 sowie 8 bis 17“ und im Abs. 4 und 4b das Zitat „Abs. 1“ durch das Zitat „Abs. 1 Z 5, 6, 8 und 9“ ersetzt.

6. Im § 2 Abs. 6 wird die Wortfolge „Organen, die ihre Funktion nicht hauptberuflich ausüben“ durch die Wortfolge „Organen nach Abs. 1 Z 5, 6, 8 und 9, die ihre Funktion nicht hauptberuflich ausüben“ ersetzt.

7. Im § 3 Abs. 5 entfällt das Wort „hauptberufliche“ und wird nach dem Wort „Organe“ die Wortfolge „- mit Ausnahme der Organe nach § 2 Abs. 1 Z 5, 6, 8 und 9, die ihre Funktion nicht hauptberuflich ausüben -,“ eingefügt.

8. Im § 3 Abs. 5a entfällt das Zitat „, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/2003,“.

9. Im § 3 Abs. 8 Z 1 wird das Zitat „Abs. 5 Z 1 bis 3“ durch das Zitat „Abs. 6 Z 1 bis 3“ ersetzt.

10. Im § 7 Abs. 1 wird nach dem Wort „Organ“ das Zitat „nach § 2 Abs. 1 Z 1 bis 9“ eingefügt.

11. Im § 7 Abs. 2 wird die Wortfolge „Organe, die ihre Funktion nicht hauptberuflich ausüben,“ durch die Wortfolge „Die von Abs. 1 nicht erfassten Organe“ ersetzt.

12. § 17 Abs. 1 lautet:

„(1) Soweit in diesem Landesgesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in folgender Fassung anzuwenden:

1. Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2017;
2. Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz (Unv-Transparenz-G), BGBl. Nr. 330/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2017;
3. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2018;
4. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2018;
5. Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2018;
6. Pensionskassengesetz (PKG), BGBl. Nr. 281/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017;
7. Pensionskassenvorsorgegesetz (PKVG), BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 3/2000;
8. Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2018.“

## Artikel II

### Änderung der Oö. Gemeindeordnung 1990

Die Oö. Gemeindeordnung 1990 (Oö. GemO 1990), LGBl. Nr. 91/1990, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 25/2018, wird wie folgt geändert:

#### 1. § 34 Abs. 2 erster Satz lautet:

„Die Aufwandsentschädigung für die Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister beträgt:

1. in Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 13 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 9 %,
2. in Gemeinden mit 1.001 bis 4.500 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 19 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 14 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 10 %,
3. in Gemeinden mit 4.501 bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 28 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 19 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 14 %,
4. in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 38 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 28 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 19 %

des Bezugs der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters.“

#### 2. § 34 Abs. 2 erster Satz lautet:

„Die Aufwandsentschädigung für die Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister beträgt:

1. in Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 11 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 8 %,
2. in Gemeinden mit 1.001 bis 4.500 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 17 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 12 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 9 %,
3. in Gemeinden mit 4.501 bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 21 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 15 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 11 %,
4. in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
  - für die 1. Vizebürgermeisterin bzw. den 1. Vizebürgermeister 30 %
  - für die 2. Vizebürgermeisterin bzw. den 2. Vizebürgermeister 22 %
  - für die 3. Vizebürgermeisterin bzw. den 3. Vizebürgermeister 15 %

des Bezugs der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters.“

3. Im § 34 Abs. 2 zweiter Satz entfällt die Wortfolge „nicht hauptberuflichen“.

4. Im § 34 Abs. 3 werden die Wendung „30%“ durch die Wendung „25 %“ und die Wendung „50%“ durch die Wendung „40 %“ ersetzt.

5. Im § 34 Abs. 4 wird die Wendung „15% des Amtsbezuges“ durch die Wendung „14 % des Bezugs“ ersetzt.

6. Im § 34 Abs. 4 wird die Wendung „14 %“ durch die Wendung „12 %“ ersetzt.

7. Im § 34 Abs. 5 werden die Wendung „1%“ durch die Wendung „0,9 %“ und die Wendung „3%“ durch die Wendung „2,6 %“ ersetzt.

8. § 34 Abs. 6a entfällt.

### **Artikel III**

#### **Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen**

(1) Art. I Z 1, 4, 8, 9 und 12 treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung dieses Landesgesetzes im Landesgesetzblatt für Oberösterreich in Kraft.

(2) Art. I Z 2 und Art. II Z 1 und 5 treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

(3) Art. I Z 3, 5, 6, 7, 10 und 11 und Art. II Z 2, 3, 4, 6, 7 und 8 treten mit 1. Oktober 2021 in Kraft und sind auf die jeweiligen Mandatarinnen und Mandatäre erstmals ab dem Tag ihrer Angelobung anlässlich der allgemeinen Wahlen auf Grund des Ablaufs der Wahlperiode im Jahr 2021 anzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind § 2 Abs. 1 Z 10 bis 17, § 2 Abs. 3, 4, 4b und 6, § 3 Abs. 5 und § 7 Abs. 1 und 2 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998, LBGl. Nr. 9/1998, und § 34 Abs. 2, 3, 4, 5 und 6a Oö. Gemeindeordnung 1990, LBGl. Nr. 91/1990, auf Mandatarinnen und Mandatäre, die während der im Jahr 2021 ablaufenden Wahlperiode angelobt wurden, bis zum Ende ihrer Funktionsperiode jeweils in der bis zum 1. Oktober 2021 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.

(4) Verordnungen gemäß § 34 Abs. 3 und 5 Oö. Gemeindeordnung 1990, LBGl. Nr. 91/1990, in der Fassung dieses Landesgesetzes, dürfen rückwirkend ab 1. Oktober 2021 erlassen werden. Sie dürfen jedoch auf die jeweiligen Mandatarinnen und Mandatäre erst ab dem Tag ihrer Angelobung anlässlich der allgemeinen Wahlen auf Grund des Ablaufs der Wahlperiode im Jahr 2021 anwendbar sein.